

Massiver Parkplatz-Kahlschlag in Albisrieden

In der Triemlistrassen werden alle 67 Parkplätze zwischen Püntstrasse und In der Ey aufgehoben. «Eine Katastrophe», findet Michael Kollmann, Präsident von Gewerbe Albisrieden, und ruft Anwohnende und Gewerbetreibende dazu auf, sich zu wehren.

Karin Steiner

«An der Triemlistrassen herrscht schon jetzt fast rund um die Uhr Parkplatzmangel», stellt Michael Kollmann fest. Er merke dies, weil immer wieder Leute, besonders auch die Spitex, in der Not ihre Fahrzeuge auf den Privatparkplätzen vor seinem Geschäft abstellen würden. «Seit 21 Jahren kämpfe ich dagegen an. Auch der Coop musste Massnahmen ergreifen, weil Nicht-Kunden ihre Autos dort parkieren. Die Situation wird fatal, wenn die 67 Parkplätze jetzt auch noch gestrichen werden. Viele Gewerbetreibende haben Angst.»

Kompensation ohne Nutzen

Die 67 Parkplätze befinden sich an der Triemlistrassen zwischen Püntstrasse und In der Ey. Mit der Strategie «Stadtverkehr 2025» hat der Stadtrat die Voraussetzungen für die «kompensatorische Aufhebung von Blaue-Zone-Parkplätzen» festgelegt und verfolgt diese konsequent. Das bedeutet, dass bei neuen Bauvorhaben Parkplätze auf Privatgrund realisiert werden müssen. «Entlang der



Die Parkplätze entlang der älteren Liegenschaften sind meistens rund um die Uhr belegt.

Foto: kst.

Triemlistrassen können die 67 Parkplätze in der Blauen Zone abgebaut und kompensiert werden, da in den Wohnersatzbauten Eyhof der Baugesellschaft Schönheim 16 bis 34 und In der Ey 36 bis 58 neue private Pflichtparkplätze entstanden sind», schreibt Roger Muntwyler, Projektleiter Kommunikation des Tiefbauamts, auf Anfrage. «Der Parkplatzausbau ist notwendig, um in der Triemlistrassen beidseitige Velostreifen zu markieren und das südliche Trottoir, Schulweg von Schülerinnen und Schülern des Schulhauses Triemli, zu verbreitern.»

Diese neuen Parkplätze sind jedoch sowohl für die Anwohnenden der älteren Liegenschaften als auch für die rund ein Dutzend Geschäfte, das Kleingewerbe, die Handwerker und die Spitex eine schlechte Alternative, denn diese Parkplätze können nur von den Mieterinnen und Mietern der jeweiligen Abstellplätze sowie von den Besuchenden der Liegenschaften benützt werden. «Die Bedingungen legen die Besitzerinnen und Besitzer der Parkplätze beziehungsweise der Liegenschaften fest», so Roger Muntwyler. «Diese können unterschiedlich

sein, sind aber sicher nicht gleich wie die Bedingungen für die Nutzung von Strassenparkplätzen. Private Parkplätze sind grundsätzlich nutzungsbezogen und nicht öffentlich.»

Der Gewerbeverein Albisrieden hat deshalb nicht nur seine Mitglieder dazu aufgefordert, sich mittels Einwendungen zu wehren, sondern auch mit Flyern die Anwohnerinnen und Anwohner angesprochen. «Ich wundere mich, dass die meisten Leute, die von dem Projekt direkt betroffen sind, nichts davon gewusst haben», so Michael Kollmann. «Die

Stadt hat das Vorhaben zwar korrekt in den «Ämtlichen» ausgeschrieben, aber das wird meistens übersehen. Es geschieht alles relativ stillschweigend, und erst wenn es zu spät ist, wird den Leuten bewusst, welche Folgen es für sie haben wird.» Schon jetzt sei das Quartier arg gebeutelt durch die seit Monaten andauernden Bauarbeiten in der Ey. «Die Strasse ist seitdem gesperrt, es entstehen dadurch ständig Suchverkehr und Stau. Ich verstehe ja, dass diese Arbeiten ausgeführt werden müssen, aber ich weiss nicht, wieso das so lange dauert. Beim Bau der dritten Gubrist-Röhre kommen sie noch schneller voran als hier in Albisrieden.»

Planaufgabe bis 13. Juli

Der Gewerbevereins-Präsident findet es wichtig, dass sich möglichst viele Leute gegen den Parkplatzausbau wehren. Die Planaufgabe zum Projekt Triemlistrassen wird nach Paragraph 13 des Strassengesetzes durchgeführt. Das bedeutet, dass nicht nur Anwohnende, sondern jedermann Einwendungen einreichen kann, und zwar ohne Kostenfolgen und unabhängig von Wohnort und Nationalität. Denn für alle grösseren Strassenbauprojekte schreibt das Strassengesetz des Kantons ein sogenanntes «Mitwirkungsverfahren» vor. Während jeweils eines Monats kann die Bevölkerung Einwendungen bei der Stadt einreichen. Die Planaufgabe dauert noch bis Montag, 13. Juli. Auf der Internetseite www.quartierparkplaetze.ch/triemlistrassen findet man die für die Einwendung notwendigen Formulare sowie Anweisungen für die Vorgehensweise.

AUS DEM GEMEINDERAT

Eine faire Finanzierung: ein Gebot der Solidarität

Am 23. Juni hat Stadtrat Hauri (Gesundheits- und Umweltschutzdepartement) seine neue Altersstrategie vorgestellt. Sie enthält viel Wichtiges und Gutes! So stärkt sie beispielsweise die Selbstbestimmung des Einzelnen und trägt der Verschiedenartigkeit der Menschen und ihrer Lebensentwürfe Rechnung.

Kernstück der Strategie ist das Ziel, dass ältere Menschen künftig noch häufiger und länger zu Hause in ihrem vertrauten Umfeld wohnen können und dort bei Bedarf die notwendige Pflege und Unterstützung erhalten. Dafür will und muss die Stadt mehr altersgerechten und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Ebenso zentral ist es, ambulante Unterstützungsleistungen und die stationäre Versorgung gleichberechtigt zu finanzieren. Der Stadtrat verspricht hier, «Möglichkeiten zu prüfen». Doch das ist meines Erachtens zu wenig. Es muss klar sein:

Wer aus gesundheitlichen Gründen Unterstützung benötigt, muss diese zu Hause im gleichen Umfang bezahlt bekommen wie in einem Alters- oder Pflegeheim. Dies gilt nicht nur für pflegerische und damit krankenkassenpflichtige Leistungen, sondern auch für Unterstützung im Haushalt und für Entlastungsangebote wie Tages- und Nachtkliniken. Dies ist im übergeordneten Recht leider so nicht vorgesehen. Das führt zur absurden Situation, dass Menschen sich für einen Heimaufenthalt entscheiden, der für die Stadt gesamthaft teurer ist, weil sie sich eine Haushaltshilfe oder den Aufenthalt in einer Tagesklinik – die sie selber zahlen müssten – schlicht nicht leisten können.

Um dieser Problematik Abhilfe zu schaffen, haben Corina Ursprung (FDP) und ich bereits 2019 eine Motion im Gemeinderat eingereicht. Diese verlangt, punktuelle Entlastungsangebote



Marion Schmid.

«Ältere sollen frei von finanziellen Zwängen entscheiden können, ob sie lieber in einem Heim oder zu Hause wohnen möchten.»

Marion Schmid, Gemeinderätin SP Kreis 1 und Vizepräsidentin der Spezialkommission Gesundheits- und Umweltschutzdepartement

In der Rubrik «Aus dem Gemeinderat» schreiben Volksvertreter wöchentlich einen Beitrag. Alle im Stadtparlament vertretenen Parteien bekommen hierzu eine regelmäßige Gelegenheit. Die Schreibenden äussern im Beitrag ihre persönliche Meinung.

im Pflege- und Betreuungsbereich zu subventionieren, analog dazu, wie dies bei der familienergänzenden Kinderbetreuung der Fall ist. Es lohnt sich, die Relationen zu betrachten: Für subventionierte Kinderbetreuung gibt die Stadt jährlich 80 Millionen

aus, dies bei insgesamt 23 000 Kindern unter 4 Jahren. Gleichzeitig sind in der Stadt Zürich 20 000 Menschen über 80, davon 11 000 über 85 und davon nochmals 4500 sogar über 90 Jahre alt. Dies zeigt klar, wenn der Stadtrat mit der fairen, gleichberechtigten Finanzierung Ernst machen will, sprechen wir nicht nur von einigen hunderttausend Franken. Doch es kostet die Stadt schliesslich weniger, wenn sie mit guten punktuellen Unterstützungsleistungen einen Heimeintritt vermeiden oder hinauszögern kann. Dies darf aber nicht auf Kosten der Betroffenen gehen. Ältere Menschen sollen frei von finanziellen Zwängen entscheiden können, ob sie lieber in einem Heim leben möchten – wofür es auch gute Gründe gibt – oder möglichst lange zu Hause wohnen möchten. Eine faire Finanzierung ist schlicht ein Gebot der Solidarität.

Sind vor dem Virus wirklich alle gleich?

Obwohl immer wieder gesagt wird, dass vor dem Virus alle gleich sind, wissen wir inzwischen, dass das nicht stimmt. Daten aus den USA weisen darauf hin, dass schwarze US-Bürgerinnen und -Bürger und People of Color überproportional oft an einer Covid-19-Erkrankung sterben. So seien beispielsweise in Louisiana fast 70% der Covid-19-Todesopfer schwarze US-Amerikanerinnen und -Amerikaner und dies bei einem Bevölkerungsanteil von gut 30%. Hohe Armut, fehlende Krankenversicherungen, beengte Wohnverhältnisse und Anstellungen im Niedriglohnssektor, wo das Arbeiten von zu Hause oft nicht möglich ist, werden als mögliche Ursachen genannt.

Eine Studie aus Genf ist zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen. Menschen, die in Genf bis zu drei Stunden für Lebensmittelpakete anstehen mussten, wiesen eine überdurchschnittlich hohe Infektionsrate auf. Sans-Papiers machten 52% der Anstehenden aus, 75% waren Frauen, 11% gaben an, dass sie zu viert in einem Zimmer schlafen müssten. Auch in Deutschland zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Nach dem Corona-Ausbruch beim Fleischbetrieb Tönnies sagte der zuständige Gesundheitsminister, Restaurantschliessungen seien nicht nötig, weil die meisten Tönnies-Angestellten gar nicht in Restaurants gehen würden. Es handle sich nicht um eine Infizierung quer durch die Bevölkerung, sondern es handle sich um Menschen, die «an weiten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gar nicht teilnehmen». In Deutschland kam eine Studie zum Schluss, dass das Risiko, an Covid-19 zu sterben, bei Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern fast doppelt so hoch sei als bei Erwerbstätigen.

Es stellt sich die Frage, ob sich diese Situation auch in der Stadt Zürich zeigt. Neben Fak-



Ezgi Akyol.

«Eine Person am Existenzminimum wird sich zweimal überlegen, ob sie eine Maske im öffentlichen Raum trägt.»

toren wie prekäre Arbeitsbedingungen, schlechter gesundheitlicher Zustand und enge Wohnverhältnisse sind natürlich auch die Kosten für den Schutz vor einer Infektion entscheidend. 20 Hygienemasken kosten in der Migros 19,70 Fr., also kostet

eine Maske etwa 1 Fr. Eine Person am Existenzminimum wird sich zweimal überlegen, ob sie eine Maske im öffentlichen Raum tragen will und ob sie es sich leisten kann, jedes Mal eine neue Maske zu gebrauchen. Dasselbe gilt bei der Verwendung von Desinfektionsmittel.

So wird für diese Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zusätzlich erschwert.

David Garcia Nuñez und ich haben den Stadtrat aufgefordert, in einem Bericht den sozioökonomischen Hintergrund von Covid-19-Patientinnen und -Patienten aufzuzeigen. Insbesondere soll auf die Frage eingegangen werden, ob auch in der Stadt Zürich Menschen aus dem Tieflohnssektor überproportional oft an Covid-19 erkrankt sind. In einem weiteren Schritt braucht es dann gezielte Massnahmen, um auch diesen Teil der Bevölkerung adäquat unterstützen zu können. Denn auch sie dürfen nicht allein gelassen werden.

Ezgi Akyol, Gemeinderätin AL Kreis 4 und 5, Mitglied der Spezialkommission Sozialdepartement

In der Rubrik «Aus dem Gemeinderat» schreiben Volksvertreter wöchentlich einen Beitrag. Alle im Stadtparlament vertretenen Parteien bekommen hierzu eine regelmäßige Gelegenheit. Die Schreibenden äussern im Beitrag ihre persönliche Meinung.